

Breite Front gegen die Klinikreform

Beschäftigte und Träger der Krankenhäuser befürchten eine schlechtere Patientenversorgung durch das geplante Krankenhausstrukturgesetz

Stuttgart – Beschäftigte und Träger der Kliniken in Stuttgart und der Region haben sich gestern gemeinsam gegen das neue Krankenhausstrukturgesetz der Bundesregierung gestellt, das zum 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Sie kritisieren, die Klinikreform werde zu einem weiteren Personalabbau und massiven Qualitätseinbußen bei der Patientenversorgung führen.

VON JAN-PHILIPP SCHÜTZE

Unter dem Motto „Krankenhausreform – So nicht!“ kamen am Nachmittag knapp 400 Klinikbeschäftigte auf dem Schlossplatz bei einer Kundgebung zusammen. Mit Schildern und Transparenten demonstrierten sie für eine ausreichende und faire Finanzierung der Krankenhäuser. Auch in anderen Städten Baden-Württembergs und in weiteren Bundesländern wurde gestern gegen die geplante Klinikreform Front gemacht. Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) fordert grundlegende Verbesserungen des aktuellen Gesetzentwurfs von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Es gelte unbedingt zu verhindern, dass durch Entzug finanzieller Mittel der Zwang zum Personalabbau entstehe. „Unser Protest richtet sich gegen finanzielle Einschnitte und Kürzungen der Budgets, die unweigerlich zu Stellenabbau und Krankenhausschließungen führen werden“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der BWKG, Stuttgarts Krankenhausbürgermeister Werner Wölfle. Das Dramatische sei, dass alle Krankenhäuser unter dem geplanten Strukturgesetz leiden würden.

Ralf-Michael Schmitz, der Geschäftsführer des Klinikums Stuttgart und Landesvorsitzender des Verbands der Krankenhausdirektoren Deutschlands, sagte, durch die Reform würden den Kliniken im Land unterm Strich 125 Millio-



Mitarbeiter von Krankenhäusern aus Stuttgart und der Region demonstrieren auf dem Schlossplatz für eine Verbesserung der geplanten bundesweiten Klinikreform. Foto: Schütze

nen Euro im Jahr entzogen. Der sogenannte Fixkostendegressionsabschlag für Häuser mit wachsenden Patientenzahlen, der den bisherigen Mehrleistungsabschlag ersetzen soll, werde dafür sorgen, dass für Patienten mit großem Pflegebedarf nur noch die Hälfte des Geldes zur Verfügung stehe, so Schmitz. „Wenn ein Krankenhaus eine hohe Nachfrage hat, weil es gute Qualität bietet, dann wird es dafür bestraft“, brachte es Bernd Sieber, Geschäftsführer des Klinikums Esslingen, auf den Punkt. Der Vizepräsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg, Matthias Fabian, sprach gar von „verheerenden“ Auswirkungen in Baden-Württemberg, sollte das Strukturgesetz wie vorgesehen kommen. „Wir hoffen, dass bei den Verantwortlichen in Berlin Vernunft einkehrt“, sagte Marcus Herbst, der Kaufmännische Direktor des Karl-Olga-Krankenhauses.

Die BWKG fordert unter anderem, dass der Versorgungszuschlag von 0,8 Prozent vollständig erhalten bleibt. Der Landesbasisfallwert müsse zudem so berechnet werden, dass die Kliniken in der Lage seien, die Mitarbeitergehälter zu bezahlen, ohne immer mehr Patienten behandeln zu müssen. Ein weiteres Problemfeld sei die Unterfinanzierung der Notfallambulanzen in den Krankenhäusern. Kritik erntet auch das von der Bundesregierung vorgesehene, insgesamt 660 Millionen Euro schwere Förderprogramm für neue Pflegestellen. Andrea Kiefer, die Südwest-Vorsitzende des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe, sagte, die zugestanden 1,5 Pflegestellen pro Krankenhaus seien „weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Das wird verdampfen, ehe die erste Stelle neu besetzt ist.“ Laut einer Studie der Hochschule Hannover würden deutschlandweit 100 000 Pflegefachkräfte fehlen. „Der Arbeitsdruck wird immer höher, der Stress nimmt zu.“